

Gemeinsame Pressemitteilung des Diözesanrats der Katholik*innen im Bistum Aachen und der Superintendenten der Evangelischen Kirchenkreise Gladbach-Neuss und Jülich vom 10.01.2023

Ihre Ansprechpartner für Rückfragen:

- Heribert Rychert, Diözesanrat der Katholik*innen im Bistum Aachen, Tel. 0170-3207757
- Jens Sannig, Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises, Tel. 02461-974811

Eskalation vermeiden, Lützerath erhalten

Im Konflikt um den vor der Räumung stehenden Weiler Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier bei Erkelenz rufen der Vorstand des Diözesanrates der Katholik*innen Aachen und die Superintendenten der Kirchenkreise Gladbach-Neuss und Jülich alle Beteiligten zur Vernunft und Deeskalation auf. Ein mit enormen Risiken für Leib und Leben der am Konflikt Beteiligten verbundener Räumungseinsatz der Polizei muss und kann jetzt noch politisch gestoppt werden.

Eine Räumung birgt Gefahren für Leib und Leben der Polizist*innen, die als Einsatzkräfte die Maßnahmen durchsetzen müssen, wie für die jungen Menschen, die verzweifelt Widerstand leisten, um unsere Zukunft hier und weltweit zu sichern.

Gemeinsam sprechen wir uns gegen jede Form der Gewalt in der Auseinandersetzung um die Räumungen in Lützerath aus. Wir teilen nicht alle Aktionsformen des Widerstandes und wir lehnen jede Form von Gewalt gegen Menschen und Sachen ab. Sie sind kontraproduktiv und entsprechen nicht unserem Friedensverständnis.

Gespräche mit allen Beteiligten sind jetzt dringend gefordert. Den sozialen Frieden in der Region herstellen, im Interesse aller, sollte unser Ziel sein. Eine Atempause dient der Deeskalation und schafft Zeit für klimapolitisch verantwortbare Entscheidungen.

Wir fordern deshalb von der NRW-Landesregierung ein sofortiges Moratorium für die Räumung des Geländes. Stattdessen sollten sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, unter Einhaltung aller Klimaziele und unter Berücksichtigung der neusten Gutachten des DIW die noch zur Versorgungssicherheit notwendigen Kohlemengen für die Stromerzeugung zu sichern und dann schnellstens die Braunkohlenutzung zu beenden. Ein Abbaggern Lützeraths in diesem Winter ist dafür keinesfalls nötig, da ausreichend Kohle für die Kraftwerke an anderen Stellen zur Verfügung steht.

Eine massiv beschleunigte Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger und eine Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland ist technisch längst möglich und braucht endlich auch den politischen Nachdruck, um die enormen Zerstörungen an Landschaft und Klima zu beenden, die mit der Kohleverstromung einhergehen.

(Fortsetzung Seite 2)

Eskalation vermeiden, Lützerath erhalten – Pressemitteilung vom 10.01.2023, Seite 2

Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind schon heute betroffen, von Überschwemmungen in Deutschland bis zu Dürreperioden am Horn von Afrika und Überflutungen unvorstellbaren Ausmaßes in Pakistan. Papst Franziskus hat in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1.1.2023 darauf hingewiesen, „...dass wir uns alle für die Heilung unserer Gesellschaft und unseres Planeten einsetzen und die Grundlagen für eine gerechtere und friedlichere Welt schaffen müssten, die sich ernsthaft um ein Gemeinwohl mühe, das wirklich alle miteinschließt.“

Um eine weitere dramatische Verschlechterung der Situation zu verhindern, müssen jetzt alle Maßnahmen ergriffen werden, um eine nachhaltigere Zukunft zu schaffen. Diese Zukunft besteht aus erneuerbaren Energien. Gerade von einem gelingenden Strukturwandel im Rheinischen Revier geht ein weltweites Zeichen für eine große Transformation aus, die den Klimazielen von Paris gerecht wird.

Es sollten nicht mit aller Gewalt gegenteilige Fakten geschaffen werden. Eine massive Gewalteskalation zwischen Polizei und Klimaschützer*innen muss unbedingt vermieden werden.